



**Widerstand**



Seite 3

**Haushalten**



Seite 4

**Interkulturell**



Seite 6

# Appelle

Aus der BVV

Nach der fünften ordentlichen Sitzung ist die BVV endgültig zum Alltagsgeschäft übergegangen. Einerseits bedeutet dies, daß dort, wo in Sachfragen Übereinstimmung besteht, die Fraktionen untereinander schnell und unkompliziert Einigkeit herstellen und gemeinsames Agieren im Plenum verabreden können. Andererseits führt dieses Alltagsgeschäft den Bezirksverordneten aller Fraktionen ebenso schnell wieder ihre begrenzten Handlungsmöglichkeiten vor Augen.

Auf der Grundlage eines Antrages, den die PDS-Fraktion entwickelt hatte und den alle anderen Fraktionen und Gruppen übernahmen, verurteilte die BVV einmütig die erneute Schändung des Jüdischen Friedhofes in der Schönhauser Allee im März dieses Jahres. Alle Seiten des Hauses wollen dies als deutliches Zeichen gegen derartige Umtriebe verstanden wissen.

Einen anderen Schwerpunkt der Tagung bildete die prekäre Situation des Künstlerhofes Buch. Sowohl die PDS als auch SPD und CDU

wurden in dieser Frage mit Anträgen initiativ. Gemeinsam war allen drei Fraktionen das Bewußtsein um die Bedeutung der Einrichtung für den Ortsteil Buch und die Sorge um ihren Erhalt. Gemeinsam war allen drei Anträgen jedoch auch, daß die BVV nicht viel mehr tun kann, als Appelle an den Senat zu richten und das Bezirksamt zum Bittsteller zu degradieren, der im Auftrage letztlich der Bürgerinnen und Bürger bei den zuständigen Senatsverwaltungen Klinkenputzen gehen muß. Schuld daran ist – auch wenn es niemand mehr hören mag – die finanzielle Lage des Bezirkes, die keine Handlungsräume mehr läßt, um eben mal die Kosten dieses Projektes zu übernehmen. PDS und SPD einigten sich auf den weitgehendsten Antrag in dieser Sache und fanden damit eine Mehrheit.

Um so mehr freuen sich die Bezirksverordneten, wenn sie wirklich etwas beschließen können. Einstimmig beschlossen sie, den namenlosen Platz an der Weißenseer Spitze, wo alle drei Altbezirke zusammentreffen, „Caligariplatz“ zu nennen

– und so der frühen Filmgeschichte, in der Standorte eben in allen drei Altbezirken eine wichtige Rolle spielten, eine Referenz zu erweisen.

Schade war, daß das Plenum einen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zum Elektrosmog in die Ausschüsse überwiesen hat. Der sehr umfangreiche Antrag versuchte, Wege aufzuzeigen, die die kommunalen Behörden angesichts einer ziemlich schwammigen Freiwilligen Selbstverpflichtung der Mobilfunknetzbetreiber zur Begrenzung der elektromagnetischen Feldbelastung der Bevölkerung wieder handlungsfähig gemacht hätte. Die anderen Fraktionen sollten nicht verkennen, daß zwar fast jeder mobil telefonieren will, aber auch so ziemlich jeder froh ist, wenn eine entsprechende Antenne nicht in der Nähe seiner Wohnung steht. Aus diesem Dilemma führen nur klare Regelungen heraus, die auch und gerade von den Kommunen getroffen werden müssen. Vorsorglich handeln kann man nur, solange der Antennenwald noch wächst. Diese Zeit läuft ab. *Wolfram Kempe*

## Bilanz

Vom Alltag im Bezirk

Eine gemischte Bilanz zog der Bürgerverein Gleimviertel nach der diesjährigen Walpurgisnacht im Mauerpark. Einerseits lobte er in einer Presseerklärung den das Fest begleitenden Polizeieinsatz als angemessen, zurückhaltend und erfolgreich. Andererseits beklagte der Bürgerverein, daß der Park wieder einer Müllhalde glich. Der Verein fordert erneut, daß sich der Senat angesichts der gesamtstädtischen Bedeutung des Festes an den Kosten beteiligt. Für die Randalen am Rande macht der Verein „Rowdytum wie man es aus Fußballstadien kennt“ verantwortlich. Unter den Randalierern seien auch deutlich rechtsradikale Elemente beobachtet worden.

## Löcher

Schulgebäude, Sportstätten und Kitas im Bezirk versinken im Haushaltsloch. Die Praxis der letzten Jahre, den Bezirken jeweils weniger als die Hälfte ihres tatsächlichen Bedarfes zu geben, führt zu mittlerweile astronomischen Summen, die für eine vollständige Sanierung aufgewandt werden müssen. Die Verwaltung beziffert dafür einen Bedarf von 257 Mio. Euro. Für Kitas kommen nocheinmal 46 Mio. hinzu, und zusätzlich 22 Mio. Euro für die Freianlagen der Kitas. Damit nähert sich die Summe allmählich dem Betrag, der dem Bezirk für alle Aufwendungen (einschließlich aller Personalkosten und gesetzlicher Sozialleistungen) im Jahr zur Verfügung steht.

## Unverantwortlich

Die Suche nach den Verantwortlichen für das Unglück auf dem Spielplatz der Elisabeth-Shaw-Grundschule in Pankow hält an. 14 Kinder wurden zum teil erheblich verletzt.

Einer Presseerklärung des zuständigen Umweltstadtrates Matthias Köhne (SPD) war zu entnehmen, daß in seinem Hause derzeit geprüft werde, warum in Pankow-Alt anders als in Weißensee und Prenzlauer Berg und jetzt im Großbezirk keine Zuständigkeit für die Kontrolle der Spielgeräte auf Schulhöfen Pankows geregelt gewesen sei.

Ein Uding, denn die Verantwortung liegt klar: das Natur- und Grünflächenamt war und ist zuständig. Weshalb Pankower Schulhöfe seit sieben Jahren vergessen wurden?

Zunftrecht verantwortlich für Azubi-Schikane und Geldschneiderei

## Schnipp Schnapp – der Zopf muß ab

In der aktuellen Ausgabe ihres Mitteilungsblattes fordert die Handwerkskammer vollmundig die Betriebe und Firmen auf, doch endlich mehr auszubilden und Arbeitsplätze zu schaffen. „Gut, machen wir“, dachte sich die Pankower Friseur GmbH schon vor mehr als zwei Jahren. Mit ihren 25 Salons startete sie mit der Ausbildung von mittlerweile über hundert Auszubildenden. Sie gründete hierzu sogar eine eigene Schule, in der die Azubis die von der Handwerkskammer und der zuständigen Friseurinnung verlangte Überbetriebliche Lehrausbildung absolvieren.

So einfach könnte es sein: Eine motivierte Geschäftsführerin, die Ausbildungsplätze schafft, eine gute Lehrausbildung organisiert und den Jugendlichen sogar eine Übernahmegarantie in dem Betrieb bietet. Für die Azubis bedeutet dies der Hauptgewinn im Ausbildungsroulette.

Der Handwerkskammer und ihrer Friseurinnung ist dieses Erfolgsprojekt offensichtlich suspekt. Trotz mehrfacher Aufforderungen, sich die Überbetriebliche Lehrausbildung der Pankower Friseur GmbH anzuschauen und ihr die Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Ausbildungsstandards zu bescheinigen, übten sich Handwerkskammer und Innung in Vertröstungen. Die sollten sich bald als die drei elementaren Grundsätze hiesiger Bürokratie herausstellen: Das haben wir noch nie so gemacht; das haben wir schon immer so gemacht; das könnte ja Jeder kommen.

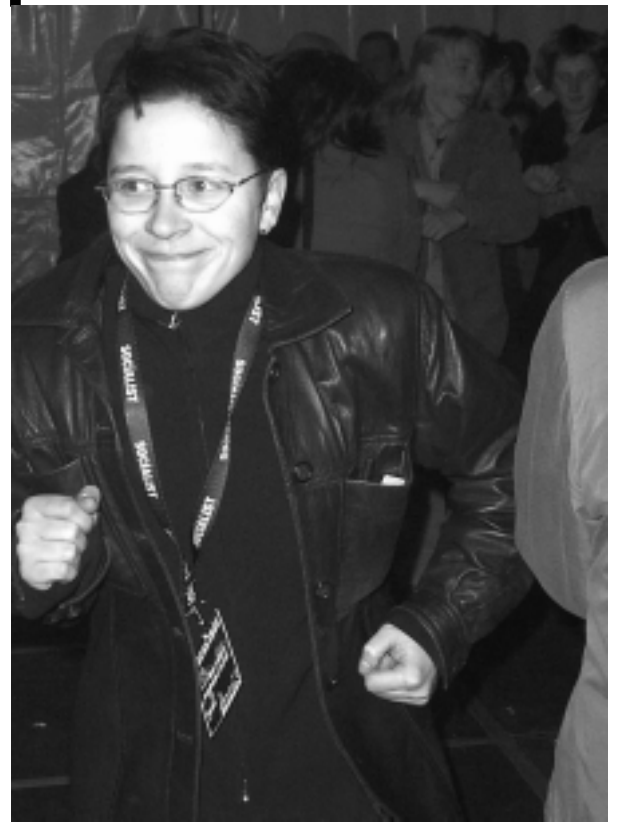
Die Innung und die Handwerkskammer faßten im Jahr 2001 einen Beschluß, daß die Überbetriebliche Lehrausbildung ausschließlich auf der Schule der Innung stattzufinden habe, und das zu einer Zeit, als das Unternehmen noch in Verhandlungen mit der Kammer stand, um die ganze Angelegenheit gütlich zu regeln. Die Investitionen der Pankower Friseur GmbH in die Grün-

dung einer eigenen Schule sollte rausgeworfenes Geld sein?

„Jetzt reicht’s“, sagte sich die Pankower Friseur GmbH und wandte sich wegen der offensichtlichen Schikane der Handwerkskammer und der Innung an die Öffentlichkeit.

Der Hintergrund des Handelns der Innung und Handwerkskammer ist schnell ausgemacht: Für jeden Azubi, den die GmbH auf die Schule der Innung zur Überbetrieblichen Lehrausbildung schickt, muß sie ca. 600 Euro zahlen. Wenn sie ihn nicht schickt, droht ihr ein Bußgeld von 600 Euro pro Azubi. Bei 116 Azubis macht das immerhin fast 70.000 Euro. In dem einen wie anderen Fall bedeutet dies einen herben Schlag in die Kasse der Friseur GmbH. Darüber hinaus kassiert die Innung pro Azubis auch noch Geld von Land und Bund.

Aber diese Geldschneiderei scheint nicht genug. Die Innung trägt jetzt ihren Konflikt mit der Pankower Friseur GmbH auch noch auf dem Rücken der Azubis aus. Die Lehrlinge im dritten Lehrjahr bekamen bisher keine Einladung zur Abschlußprüfung, weil sie die Überbetriebliche Lehrausbildung der Innung nicht absolviert hätten. Bei vierzig Jugendlichen für das kommende Ausbildungsjahr steht der Lehrvertrag in den Sternen, weil die Handwerkskammer den zukünftigen Lehrlingen der Pankower Friseur GmbH die Eintragung in die von der Kammer geführte Lehrlingsrolle verweigert. Selbst die Azubis der Pankower Friseur GmbH, welche die Schule der Innung besuchten, klagen nicht nur über eine schlechtere Lehrausbildung als in ihrer GmbH, sondern



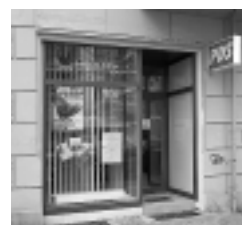
auch über Mobbing. Sie erhielten schlechtere Noten in den Zwischenprüfungen als ihre Mitschüler. Eine Begründung hierfür wird ihnen bislang verweigert.

So viel also zu der vollmundigen Aufforderung der Handwerkskammer, Lehrlinge auszubilden und Arbeitsplätze zu schaffen. Und das alles nur, weil die Pankower Friseur GmbH eine eigene Ausbildungsschule gründete und damit für die Innung und die Kammer über 500 Jahre altes Zunftrecht in Frage stellt.

Ich sage: Schnipp schnapp – dieser Zopf muß ab. Und der Pankower Friseur GmbH wünsche ich ein kämpferisches „Weiter so!“

*Sandra Brunner*

PDS-Bundestagskandidatin  
in Pankow-Prenzlauer Berg-  
Weißensee (Wahlkreis 77)



### BrunnerWAHLquartier

Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin

Tel 44 04 87 18 / Fax 44 04 92 56

mail: wahlkreis@sandra-brunner.de

web: www.sandra-brunner.de

Der Bezirk unter dem Doppelhaushalt 2002/03

## Haushalten auf Rot-Rot

Die Sicht der Bezirksverordneten

Binnen kürzester Frist bestätigte die BVV mit überraschender Mehrheit den Entwurf des Bezirksamtes zum Doppelhaushalt 2002/03. Der neue Senat hatte den Bezirken zur Abgabe ihrer Planentwürfe kaum Zeit gelassen, so blieben der BVV gerade zwei Wochen für die Beratung und letztliche Beschlußfassung, ein Novum in Berlin.

Dabei war die Kürze der Zeit der Knappheit der Mittel durchaus angemessen. Der Bezirk ist den Vorgaben der Landesebene auch unter RotRot wehrlos ausgesetzt.

Sicher, die Notlage Berlins hat sich auch unter den Bezirksverordneten herumgesprochen. Doch die Enttäuschung wiegt schon schwer, wenn allen Beteuerungen zum Trotz, der Bezirkshaushalt in den Ruin gedrängt wird. Unrealistische, teils absurde Vorgaben an den Haushaltsplan sollen eine Konsolidierung vortäuschen. Das kennen wir schon aus Jahren großer Koalition. Die Folgen sind bereits unübersehbar, seit Jahren ausgedünnte Unterhaltung haben an Straßen, Plätzen, Gebäu-

den, Ausstattungen sichtbar Spuren hinterlassen. Kein Wunder, bekam der Bezirk doch vom tatsächlichen Bedarf seit Jahren nur die Hälfte zugewiesen. Der neue Senat hat die „Spar“-Quote noch um einige Prozentpunkte erhöht. Weder Bewag, Gasag, Stadtreinigung, noch irgendein Handwerksmeister ließen sich bislang aber auf Halbierung ihrer Rechnungen ein.

Schon makaber war die überzogene Fusions-Vorgabe zur Personaleinsparung, hier bleibt unser Bezirk 2002 mit über 14 Millionen Euro Minus belastet, 2003 sollen es 21 Millionen Euro Minus sein.

Ein gravierender Einschnitt ist die Einführung eines weiteren Rechenelements: ein T-Teil (Transfer) umfaßt nun viele ehemals dem Z-Teil zugeordnete Ausgaben (nicht steuerbare, da gesetzlich gewährte Sozialleistungen). Weil RotRot diesen Ausgaben nun eine Steuerbarkeit unterstellt, werden dem Bezirk hiervon schon vorab knapp 30 Millionen Euro gestrichen. Und die absehbaren Mehrausgaben solle der Bezirk

„erwirtschaften“. Vermutlich aus den übrigen Minusbeträgen?

Der Haushaltsplan wird zur Formalie, die Vorgaben der Landesebene hat der Bezirk umzusetzen, Haushaltswahrheit ist nicht zulässig. So werden bereits in wenigen Wochen die absehbaren Mehrausgaben die Haushaltsillusionen des Senats platzen lassen. Überwunden ist allerdings schon jetzt die Illusion, unter RotRot würden die Bezirke gestärkt.

Der Haushaltsbeschluß der BVV benennt diese Defizite und wird kaum Gnade vor Senat oder Abgeordnetenhaus finden (ausgenommen dort vermutlich die Damen und Herren der Opposition). So dokumentiert der bezirkliche Haushaltsentwurf sehr deutlich das Irreale in den Vorgaben der Landespolitik. Als Schwerpunkte in der Bezirkspolitik bleiben noch erkennbar: Kultur, Bildung, Schule und Angebote für Kinder und Jugendliche wie für sozial Schwache. Und darin wollte auch die PDS-Fraktion das neue Bezirksamt unterstützen.

*Michael van der Meer, BVO*

## Die Folgen

Von Zeit zu Zeit ist es hilfreich, wenn man sich schmökern in die Ecke setzt und den Dingen harret, die da kommen. Bereits während der Haushaltsberatungen in der BVV schmökerte ich mal wieder im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG). Bereits beim Lesen des Paragraphen zwei runzelte ich die Stirn. Hier heißt es im ersten Absatz „Die Jugendhilfe umfaßt Leistungen und andere Aufgaben zugunsten junger Menschen und Familien“. Im zweiten und dritten Absatz erlaubt sich der Gesetzgeber explizit aufzuzählen, welche Leistungen die Jugendhilfe definieren. So werden unter anderem Angebote zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen, Hilfe für behinderte Kinder und Jugendliche oder Angebote der Jugend- und Jugendsozialarbeit erwartet.

Selbstverständlich definiert das KJHG nicht Wege und Möglichkeiten der Finanzierung. Aber genau diesen Spagat muß man als Jugendpolitiker gerade in Haushaltsberatungen besonders graziös darbieten: Von der einen Seite gezwungen, die Finanzen zu kürzen, und von der anderen, die Bedürfnisse zu befriedigen.

Im Vergleich zum Jahr 2001 fehlen der bezirklichen Kinder- und Jugendhilfe nunmehr weitere 1,8 Mio. Euro, und erneute Kürzungen in 2003 sind vorgegeben. Hierbei werden Jugendamt und Jugendpolitiker mehr und mehr zum Mangelverwalter. Gestaltungsspielräume, Kreativität und Schwerpunktsetzung werden Randerscheinungen und das auf Kosten der Kinder, Jugendlichen und Familien im Bezirk. Es werden auch in

diesem Jahr Projekte Freier Träger schließen, weniger Plätze für Erholungsmaßnahmen zur Verfügung stehen und Investitionen in Kindertagesstätten ausbleiben.

Das KJHG betont zwar den Wert der Jugendhilfe und verweist darauf, die Interessen der Kinder, Jugendlichen und ihrer Familien wahrzunehmen. Jedoch wer die Jugendpolitik des Landes Berlin genau beobachtet, kann nur resignierend feststellen, daß der geforderte Spagat zwischen Haushalt und Aufgabenerfüllung nicht leistbar ist.

Es muß ein rapides Umdenken stattfinden. Denn es kann nicht weiter danach gehandelt werden, was wir uns leisten können. Vielmehr sollte doch unser aller Anspruch sein, was wir leisten und anbieten wollen. *Sascha Kummer, BVO*

RotRote Bezirksetats:

# Neue Ansätze und alte Defizite

Als Anfang März alle Bezirksbürgermeister erklärten, sie würden wegen der mangelhaften Finanzausstattung der Bezirke, die die kommunale Selbstverwaltung bedroht, eine Klage gegen den Senat vor dem Landesverfassungsgericht prüfen, waren daran vor allem zwei Dinge bemerkenswert: Erstens war dies eine parteiübergreifende Kampfansage von CDU bis PDS-Kommunalpolitikern gegen den neuen Senat, die den Interessengegensatz zwischen Landes- und Kommunalpolitik unverhüllt zum Ausdruck brachte. Zweitens war diese Allparteien-Koalition genauso schnell, wie sie sich gebildet hatte, auch wieder zerfallen. So erfahren wir leider nicht, wie daß Landesverfassungsgericht geurteilt hätte. Fakt ist: Wenn sich Berlin in einer Haushaltsnotlage befindet, läßt dies die kommunale Selbstverwaltung nicht unbeeinträchtigt. Wie immer das Urteil auch ausgefallen wäre, eines hätte niemand zu erwarten gehabt: Mehr Geld.

## Wie ist die Lage der Bezirksetats?

Die Bezirke schließen 2001 mit einem Defizit von insgesamt 79,7 Mio. DM ab. Acht Bezirke haben Defizite und vier Überschüsse. Das Defizit wäre noch viel höher, wenn die Etatüberschreitungen bei den gesetzlichen Sozialausgaben im Umfang von 800 Mio. DM nicht

durch den Senat „abgefedert“ worden wären. Nicht ausgeschöpft wurden die Personalausgaben, hier wurden 73 Mio. DM weniger ausgegeben als geplant.

## Welche neuen Akzente hat RotRot gesetzt?

Die Haushaltsansätze der Bezirke sind insgesamt realistischer veranschlagt worden. So haben die Bezirke bei den gesetzlichen Sozialausgaben, dem sog. „Z-Teil“ real mehr zugewiesen bekommen, als unter der großen Koalition. Im Jahre 2002 hätten sie im Z-Teil mit 2,611 Mrd. Euro auskommen müssen, jetzt erhalten sie mehr als 2,8 Mrd. Euro. Da wird sich manch aufmerksamer Beobachter verwundert die Augen reiben und fragen, wie das kommt. Wird plötzlich nicht mehr gespart? Doch und zwar bis 2003 insgesamt 250 Mio. Euro Sozialausgaben. Die CDU-Finanzverwaltung hatte aber in den vergangenen Jahren diese Ausgaben immer zu niedrig veranschlagt. Eine Folge dieser Politik waren die hohen Defizite in den Bezirksetats, die neben den Sparauflagen eine zusätzliche Belastung darstellen. Jeder Bezirk, der das Jahr mit einem Minus abschließt, bekommt den Betrag als „Verlustvortrag“ vom Haushalt abgezogen. Dies spielte sich auch immer wieder im Personaletat ab. Hier wurden Stellen auf dem Papier gestrichen, die

Bezirke mußten die Leute im „Personalüberhang“ jedoch weiter bezahlen. Auch von diesem Haushaltsrisiko wurden die Bezirke entlastet. Nunmehr wird der gesamte Personalüberhang komplett ausfinanziert.

Angesichts defizitärer Jahresabschlüsse der Bezirke ist diese Politik der „Risikoeindämmung“ auch dringend erforderlich. Die Gefährdung der haushaltspolitischen Handlungsfähigkeit der Bezirke ist damit jedoch nicht überwunden. Einige PDS-Kommunalpolitiker fordern inzwischen eine „Entschuldung“ der Bezirke. Bei den ca. 80 Mio. DM, die allein aufgrund der Defizite aus dem Jahre 2001 auf den Bezirken lasten, ist dies eine naheliegende Forderung. Ihr muß dennoch grundsätzlich widersprochen werden: Ein vollständiger Verzicht auf den Ausgleich der Defizite durch die Bezirke wäre nur mit neuen Krediten, die das Land aufzunehmen hätte, zu finanzieren. Verschuldet sind nicht die Bezirke, sondern das Land als ganzes. Eine Entschuldung der Bezirke würde durch eine höhere Verschuldung des Landes insgesamt bezahlt werden. RotRot kann zwar neue Akzente setzen, jedoch weder die Erblast der großen Koalition mit einem Federstrich, noch den Sparzwang, der auch für die Bezirke gilt, beseitigen.

Marian Krüger, MdB

Die Sicht der Abgeordneten

## Ein paar Zahlen

Der Doppelhaushalt 2002/03 enthält Zuweisungen des Landes an den Bezirkshaushalt (ohne Investitionen):

- 2001 = 510,3 Mio. Euro,
- 2002 = 490,7 Mio. Euro,
- 2003 = 448,2 Mio. Euro,

Zuweisungen des Landes an den Bezirkshaushalt für Investitionen:

- 2001 = 26,5 Mio. Euro,
- 2002 = 23,7 Mio. Euro,
- 2003 = 21,0 Mio. Euro.

Für 2003 sind die Minderausgaben noch nicht aufgelöst, darüber wird erst noch ein Nachtragshaushalt im Herbst 2002 befinden. Schließlich sollen Mehrausgaben aus der Sozialhilfe künftig durch zusätzliche Minderausgaben gegenfinanziert werden. Rein rechnerisch wird das nicht möglich sein, werden dann nach den Ausgaben für Personal und Sozialhilfe kaum weitere Mittel im Haushalt stehen. *MM*

Zeichnung:  
Willi Franz





Interkulturelles Haus:

## Gelungener Auftakt



Schönfließer Str. 7  
fon 44 67 32 47

Endlich war es soweit. Am 27. April wurde das Interkulturelle Haus mit einer großen Fete eröffnet. Die multikulturelle Begegnungsstätte für unseren Großbezirk ist auf Initiative des „Rates für MigrantInnen Pankow“ und dann durch einen Beschluß der BVV aus dem Jahr 2001 zustande gekommen. Nach der Schließung einer Grundschule in der Schönfließer Straße konnten nach halbjähriger Renovierung drei wichtige Träger der multikulturellen Arbeit im Bezirk einziehen. Es handelt sich dabei um „Asiaticus“ – ein 1990 ge-

gründeter Club, der für zahlreiche in Berlin lebende Vietnamesen und ihre deutschen Partner und Freunde zu einem Zentrum der Beratung, der Bildung und der Kommunikation geworden ist. Weiterhin um die „Oase Pankow“, die seit 1992 im Bezirk arbeitet, wobei die Schwerpunkte auf der Beratung von Flüchtlingen und Integrationsangeboten wie Sprach- und Computerkursen liegt. Und schließlich der „Kulturverein Prenzlauer Berg“, der seit 1989 Länderabende, Lesungen und Ausstellungen insbesondere von, mit und für Spätaussiedler veran-

staltet. Außerdem befindet sich das Büro des „Rates für MigrantInnen“ im Haus und das Cafe „Multi-Kulti“ des Kulturvereins, das demnächst regelmäßig geöffnet haben wird.

Am Nachmittag war das Haus im Rahmen eines „Tages der offenen Tür“ zu besichtigen. Am Abend fand in der alten Aula das Eröffnungsfest statt. Dank des „Linken Liedercafes“, der multikulturellen Veranstaltungsreihe der „Hellen Panke“, traten verschiedene Künstler auf. Gordon Odamety aus Ghana empfing die Gäste auf dem ehemaligen Schulhof mit seiner Trommlergruppe. In der Aula führten anschließend Künstlerinnen des „Asiaticus“ Musik und Tänze aus Vietnam vor. Vertreter der gerade eingezogenen Vereine stellten ihre Arbeit vor. In einer Talkrunde wünschte der Bezirksbürgermeister Burkhard Kleinert dem Projekt „Interkulturelles Haus“ viel Erfolg.

Nach einigen Stunden Information und Feier, Essen und Trinken kann man zusammenfassend sagen: Das war Vielfalt statt Einfalt. Das war ein in guter Stimmung stattgefundenes Fest. Ein Anfang, der Lust auf mehr macht.

*Rudi Blom, BVO*

Rat für MigrantInnen Pankow

## Humannplatzmaifest

Auch in diesem Jahr war das Fest auf dem Humannplatz – „widerpenstig und lebendig“ – eine gelungene Maifeier. Bis in den späten

Abend hinein feierten die unterschiedlichsten Menschen gemeinsam friedlich und vergnügt. Es geht also doch. Auch in Berlin. WK



## Eröffnungsbilanz

Am 29. April berichtete der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit im Frei-Zeit-Haus in Weißensee über die ersten hundert Tage des neuen Senates. Die übliche Schonfrist konnte der rot-rote Senat im Abgeordnetenhaus nicht erwarten, sagte Wowereit gleich zu Beginn seiner Eröffnungsbilanz. Zu schwer wiegt das Erbe der gescheiterten Großen Koalition.

Auch eine Einarbeitungszeit war dem neuen Senat nicht gegeben, statt dessen mußte man sich wehren, gewissermaßen gegen alle Welt. Allen voran die CDU-Opposition, die Springer-Presse und der Tages-

spiegel, die nichts unversucht lieben, das nunmehr regierende Bündnis ins Abseits zu drängen und denen dabei alle Mittel recht waren. Zu groß ist offenbar immer noch die Enttäuschung und die Wut der CDU, nach einem blamablen Wahldebakel fortan die Oppositionsbank drücken zu müssen. Politische Fairneß kann von dieser Seite nicht erwartet werden, wie Wowereit weiß. Die Berliner Regierung wird mit Anfeindungen aus dieser Ecke immer wieder zu tun haben. Darum ist für Wowereit die kollegiale Zusammenarbeit von SPD und PDS in der Regierung ein ständiges Er-

fordernis und der Garant für ihren Erfolg.

Die nächste Wahl wird in Berlin erst wieder im Jahr 2006 stattfinden, da ist sich Wowereit sicher. Bis dahin sollte Zeit genug sein, die finanziellen Probleme der Stadt wenigstens vollständig zu überblicken und die dringendsten Schritte zu ihrer Lösung zu gehen.

Die Bundesregierung, egal welche es demnächst sein wird, will der Regierende Bürgermeister durch Überzeugung in die Pflicht nehmen, Berlin zu helfen. Schließlich ist Berlin Hauptstadt der ganzen Bundesrepublik. *Hans Zakrzewki*

# Miteinander – Füreinander

Am 14. März 2002 legten die Bezirksorganisationen Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee der Volkssolidarität, die seit 1. Januar 2001 mit einem paritätischen Bezirksvorstand als eine Bezirksorganisation arbeiteten, Rechenschaft über die in den letzten vier Jahren geleistete Arbeit ab. Das war der Abschluß der Wahlen in unserem Wohlfahrtsverband. 63 Ortsgruppen arbeiten im Großbezirk und haben eine gute Ausstrahlung zu verzeichnen.

Es konnte über vielfältige Aktivitäten berichtet werden, aber auch über Probleme bei der weiteren Mitgliedergewinnung, des Erhaltes und der Stabilisierung der Ortsgruppen. Hierzu wurden dem neu zu wählenden Bezirksvorstand Empfehlungen gegeben, die in der neuen Wahlperiode eine Hauptaufgabe darstellen.

Ortsgruppen, wie die Ortsgruppe 7 aus Weißensee, Ortsgruppe 42 aus Prenzlauer Berg und die Ortsgruppen 20/21, 27/28 aus Pankow, um nur einige zu nennen, haben in der Mitgliedergewinnung bzw. zum Erhalt der Ortsgruppe eine gute Arbeit geleistet. Dies konnte erreicht wer-

den, da in den Ortsgruppen ein interessantes kulturelles Leben entwickelt wurde. So arbeiten Handarbeits-, Literatur- und Malzirkel, es wird gemeinsam gesungen und gewandert. Gemeinsame Besuche von Veranstaltungen wie z.B. des Neujahrskonzertes der Volkssolidarität, des Besuches der Veranstaltungen des Friedrichstadtpalastes, aber auch die in den Ortsgruppen organisierten und mit viel Liebe gestalteten Kaffeenachmittage, Geburtstagsfeiern, Lichtbildervorträge und unsere Behindertenfahrten und Gartenfeste wurden und werden von den Mitgliedern und Bürgern gern angenommen.

Die Arbeit der Sozialstation, die verantwortungsbewußt und mit hoher Qualität die Betreuung kranker Bürger erfüllt, steht ebenfalls, wie die Arbeit des Mobilitätshilfsdienstes und der Mittagstisch als eine Dienstleistung im Mittelpunkt der Tätigkeit der Volkssolidarität. Wir würden uns aber sehr freuen, nähmen noch mehr Bürgerinnen und Bürger die Angebote der Volkssolidarität in Anspruch. Auskünfte

darüber geben die Geschäftsstellen in der Stahlheimer Straße 28, Wolfshagener Straße 74 und in der Gounodstraße 49-57.

Wir freuen uns besonders darüber, wenn jüngere Mitglieder unseren Ortsgruppen als Helfer Unterstützung geben, denn auch unsere langjährigen Helfer und Vorstandsmitglieder sind älter geworden. Die ehrenamtliche Arbeit als Helfer ist sehr wichtig, sind doch sie das Bindeglied zu den Mitgliedern und Bürgern, und die strahlenden Augen und das herzliche Dankeschön von unseren Senioren, macht unsere Arbeit noch erfolgreicher.

„Miteinander – Füreinander“ ist unser Motto und danach gestaltet die Volkssolidarität die Arbeit zum Wohle der Menschen.

Der neue Bezirksvorstand und die Bezirksvorsitzende des Bezirkes Pankow erhielt das Vertrauen der Delegierten. Die Wahl war auch Ausdruck des Vertrauens unserer Mitglieder gegenüber der gewählten ehrenamtlichen Freunde.

*Ortrud Georgy*

VS-Bezirksvorsitzende



## Ruhiges Pflaster?

In den vergangenen Wochen sind im Bezirk verstärkt Aktivitäten von Neonazis zu vernehmen: In der Nacht zum 5. April verübten Neonazis zum wiederholten Male einen Anschlag auf das „Antifaquariat“ in der Dunckerstraße im Prenzlauer Berg. Dabei wurden die Frontscheiben zerstört. Trotz vorheriger Drohungen von Neonazis sahen sich Polizei und Staatsschutz nicht in der Lage, das Objekt zu schützen. Zwei Monate zuvor hatte es bereits einen Anschlag auf den „BAOBAB Eine-Welt-Laden“ in der Christburger Straße im Prenzlauer Berg gegeben. In Niederschönhausen tauchten eine Woche zuvor neofaschistische und antisemitische Parolen wie „Juden raus aus Pankow“ und zahlreiche Hakenkreuze auf. In den letzten Tagen

werden im Großbezirk massenhaft Aufkleber einer „Initiative Deutsche Jugend schützt die Ehre deutscher Soldaten von Wehrmacht und Waffen-SS“ geklebt. In Weißensee sind ebenfalls neofaschistische Sprüher unterwegs. Weiterhin sind in der Nacht zum 6. April Nazischmierereien nahe des U-Bahnhofes Vinetastraße gesprüht worden. An

einen türkischen Imbiss an der Vineta-/Berliner Straße wurde ein großes Hakenkreuz geschmiert.

All diese Vorfälle sind als Anzeichen verstärkter Aktivität neofaschistischer Strukturen zu werten, die sich besonders gegen Nichtdeutsche, JüdInnen und aktive AntifaschistInnen richtet.

*Roland Peters*

Eine  
vollständigere  
Chronologie  
findet sich im  
Internet:

[a3.antifa.de](http://a3.antifa.de)

### open your eyes – time to wake up!

In der Nacht vom 24. zum 25. Mai 2000 wurde im Berliner Stadtteil Buch, der Sozialhilfeberechtigte Dieter Eich von vier rechtsextremen Jugendlichen ermordet.

Wir wollen uns offensiv gegen den „bewußten Gedächtnisschwund“ und den gelebten Sozialdarwinismus in der Gesellschaft stellen und dies weit über die Stadtgrenzen von Buch hinaus verbreiten. Deshalb rufen wir auf, anlässlich des zweiten Todestags von Dieter Eich, am Samstag, dem 25. Mai in Berlin-Buch an der antifaschistischen Gedenkdemo teilzunehmen. Die Demonstration beginnt um 15 Uhr am S-Bahnhof Buch und wird auch dort wieder enden. Wir rufen alle auf, ihre Wut und Trauer mit uns gemeinsam auf die Straße zu tragen.

Antifaschistisches Aktionsbündnis III [A3]; Autonome Antifa Nordost Berlin [AANO]; Carsten Hübner MdB/PDS; Info-Café Pankow; Marian Krüger MdA/PDS

# Pfeifen im Walde

Fairneß ist ein Begriff aus dem Antiquariat der CDU-Politik, wofür Herr Doktor Leupold den absoluten Beweis zu geben mußte. Er fühlte sich bemüßigt (oder beauftragt?), dem Pankower Bürgermeister Burkhard Kleinert einen „Offenen Brief“ auf den Schreibtisch flattern zu lassen. Er echauffierte sich über die katastrophalen Sparzwänge im Großbezirk und über den Haushaltsentwurf des Bezirksamtes, dem die Bezirksverordnetenversammlung weitgehend zugestimmt hat.

Ein Gesinnungstäter par excellence, der Dr. Leupold, wo die schon

kriminellen (Ab-)Gründe für die finanzielle Schieflage zu finden sind: In einer verheerenden Finanzpolitik der gescheiterten Großen Koalition des vergangenen Jahrzehnts unter der Regie der Berliner CDU.

Mag Herr Doktor Leupold auch der esoterischen Zwangsvorstellung erliegen: Hätte man uns nach den Neuwahlen nur weitermachen lassen (mit einem Teppichhändler als Speerspitze), die finanziellen „Kollateralschäden“ der Vergangenheit wären schnell in Vergessenheit geraten. Pikant ist in diesem Zusammenhang allerdings, das Herr Dr.

Leupold nicht irgendein Vorzeigedummchen seiner Partei ist, das geistig eben mal verhoheit hat. Er, und das brachte er auf subtile Art immer wieder zum Ausdruck, gehört sozusagen der Führungsriege seiner Partei an, und dem Bankrotteur Landowsky stand er immer sehr nahe.

Eine gewollt dürre Betrachtungsweise der Fakten sowie ihre groteske Mißdeutung, hinzu die rabiate Rhetorik des Briefes, mutieren nicht zum Geniestreich, es offenbart nur die Hilflosigkeit des Verfassers. Auch der Versuch, durch aufgesetzte Ernsthaftigkeit dem Ganzen ein seriöses Pathos zu wachsen zu lassen, wirkt nur peinlich. Aber von einer politischen Branche, von der man weiß, daß bloße Anständigkeit schon rufschädigend sein kann, war kaum anderes zu erwarten. Es sind die Niederungen von miesen politischen Argumentationen, die zum Erfolg verhelfen sollen. Wie aber heißt eine politische Binsenweisheit, die ein dicker Mann aus Oggersheim immer gern zitierte: Die Hunde bellen, aber die Karawane zieht weiter.

*Hans Zakrzewski*

## Konferenz

### Sozialismus ohne Volk? – Das Jahr 1952

Mit Beiträgen von Prof. Dr. Rolf Steininger, Prof. Dr. Dietrich Staritz, Prof. Dr. Günter Benser, Günter Judick, Prof. Dr. Christel Nehring, Dr. Torsten Diedrich, Rainer Potratz, Dr. Volkmar Schöneburg, Dr. Elke Scherstjanoi.

Freitag, 31. Mai 2002 (ab 14 Uhr) / Sonnabend, 1. Juni 2002 (ab 10 Uhr)  
Eintritt: 7,50 Euro, ein Tag: 5 Euro. Es wird ein Imbiß gereicht.

Wir bitten um Anmeldung unter Helle Panke e.V.:

Fon 47 53 87 24 oder Fax 47 37 87 75 oder [info@helle-panke.de](mailto:info@helle-panke.de) bzw. [www.helle-panke.de](http://www.helle-panke.de)

## WANNWOWASWANNWOWASWANN

21. Mai  
Friedensdemonstration in Berlin, Protest aus Anlaß des Berlin-Besuchs von George W. Bush  
19 Uhr Bezirksvorstand im Brunner-WAHLquartier

22. Mai  
20 Uhr „Der Kandidat“ – Florian Havemann liest aus seinem gleichnamigen Politiker-Stück; Moderation Thomas Heubner; Lieder aus den 20er Jahren und der 1848er Revolution präsentieren Stefan Körbel und Michael Letz. Club Voltaire, Danziger Str.

25. Mai  
10 Uhr 1. Tagung der 2. Hauptversammlung der PDS Berlin Drei: Wahl des neuen Bezirksvorstands. BVV-Saal, Fröbelstraße 17

25. Mai  
15 Uhr Demo aus Anlaß des 2. Jahrestags der Ermordung des Obdachlosen Dieter Eich durch Neonazis (ab/bis S-Bhf. Buch)

26. Mai  
11-15 Uhr Bundeswahlkonferenz der PDS in Halle/Saale zur Vorbereitung der heißen Wahlkampfphase, Steintor-Varieté

29. Mai  
19 Uhr Reihe „Europäische Nachkriegsordnung und deutsche Frage“ – Tendenzen der europäischen und der Weltentwicklung nach dem Zerfall der UdSSR, Referenten: Prof. Dr. Harald Neubert und Prof. Dr. Stefan Doernberg. Helle Panke e.V., Kopenhagener Straße 8

30. Mai  
19 Uhr „Todesschüsse: Zum Gedenken an Philipp Müller und Benno Ohnesorg“. Helle Panke e.V., Kopenhagener Straße 8

31. Mai  
15 Uhr Mai-Grillen der BO'en 2-4 Weißensee an der Böhrlingstraße

1. Juni – Weltkindertag  
14 bis 20 Uhr Kinderfeste auf dem Kollwitz- und Arnimplatz

5. Juni  
17.30 Uhr 6. BVV im BVV-Saal, Fröbelstraße 17

21.-23. Juni  
Weißenseer Blumenfest im Park am Weißen See

## Impressum

Herausgeber: Bezirksvorstand der PDS Berlin Drei  
Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin  
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

[www.pds-berlin-drei.de](http://www.pds-berlin-drei.de)  
eMail: [redaktion@pds-berlin-drei.de](mailto:redaktion@pds-berlin-drei.de)

Verantwortliche Redakteure: Renate Tepper, Klaus Gloede und Wolfram Kempe

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 7. Mai 2002  
Redaktionsschluß der nächsten Ausgabe: 10. Juni 2002  
Auslieferung der nächsten Ausgabe: 20. Juni 2002

Druck: double express Auflage: 14.000

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 831-505. Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.